



Mit einer groß angelegten Razzia und dem offiziellen Verbot der Bewegung „Königreich Deutschland“ hat der deutsche Staat ein deutliches Zeichen gesetzt – gegen Extremismus, gegen Verfassungsfeindlichkeit und gegen das gefährliche Erstarken von Parallelgesellschaften mitten in der Bundesrepublik.

Am 13. Mai schlugen die Behörden bundesweit zu. Sie durchsuchten Objekte in sieben Bundesländern, nahmen vier Personen fest und erklärten das Verbot der Gruppierung. Die Begründung des Bundesinnenministeriums fiel unmissverständlich aus: Die Ziele und Aktivitäten dieser Vereinigung stünden im klaren Widerspruch zur deutschen Rechtsordnung, ja sogar zur Idee des friedlichen Miteinanders der Völker.

Aber was steckt eigentlich hinter diesem „Königreich“?

Rund 6.000 Anhänger zählt die Bewegung. Ihr Narrativ: Die Bundesrepublik Deutschland existiere nicht rechtmäßig. Stattdessen beanspruchen sie, einen eigenen Staat zu vertreten – mit eigener Währung, eigenen „Behörden“, sogar einem selbstgebastelten Bank- und Versicherungssystem. Sie drucken eigene Ausweise, vergeben Nummernschilder und bieten Dienstleistungen an, die wie ein schlechter Abklatsch staatlicher Institutionen wirken. Alles in allem ein Fantasiegebilde – doch eines mit echtem Gefahrenpotenzial.

Drei der nun Verhafteten gelten als Gründungsmitglieder dieses Schein-Staates. Über Jahre hinweg haben sie versucht, ein eigenes System aufzubauen, das sich bewusst vom deutschen Staat abkapselt. Das reicht vom „Finanzamt“ bis hin zum „Meldeamt“ – alles natürlich völlig illegal.

Klingt skurril? Ist es auch. Aber wer darüber lacht, verkennet die Ernsthaftigkeit der Lage.

Denn was hier wächst, ist mehr als nur eine schräge Idee von ein paar Querulanten. Es ist ein System, das Menschen anzieht, die sich von der Gesellschaft entfremdet fühlen. Menschen, die in Verschwörungserzählungen Halt suchen und sich gegen jede Form von Rechtsstaatlichkeit stellen. Der Verfassungsschutz warnt seit Jahren vor dieser Szene – die Bewegung gilt als Teil der sogenannten „Reichsbürger“-Szene, die das Ende des Deutschen Reiches nie akzeptiert hat und die Bundesrepublik für illegitim hält.

„Extremistisch und gefährlich“, so nennt das deutsche Innenministerium die Gruppierung. Kein Wunder, denn gerade in den letzten Jahren sind diese Gruppierungen immer aggressiver geworden. Immer öfter kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, Widerstand gegen staatliche Maßnahmen und gezielten Einschüchterungen von Beamten.



Verfassungsfeindlich, gefährlich, zerschlagen: Deutschland verbietet „Königreich Deutschland“

Die Zahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Deutschland wird inzwischen auf über 23.000 geschätzt – Tendenz steigend. Einige von ihnen verfügen über Waffen, andere versuchen, Einfluss in politische Strukturen zu nehmen. Das macht sie zu einer echten Bedrohung – nicht nur für die Ordnung, sondern für das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat selbst.

Und wie reagieren die Behörden? Mit Härte und Konsequenz.

Dass das Bundesinnenministerium nun ein Verbot ausgesprochen hat, ist kein symbolischer Akt. Es bedeutet, dass das gesamte Vermögen der Organisation beschlagnahmt werden kann. Dass ihre Strukturen zerschlagen, ihre Treffpunkte geschlossen und ihre digitalen Kanäle stillgelegt werden. Es ist ein klares Signal: Der Staat duldet keine Parallelrealitäten.

Natürlich bleibt die Frage offen: Wie viele solcher Gruppierungen existieren noch im Verborgenen? Wie tief sitzen Misstrauen, Wut und Ablehnung gegenüber dem demokratischen System bei Teilen der Bevölkerung?

Die Szene hat sich verändert – und sie nutzt das Internet, um ihre Botschaften zu verbreiten. Sie rekrutiert gezielt Menschen in Krisensituationen, bedient Ängste und bietet einfache Antworten auf komplexe Fragen. Eine gefährliche Mischung, gegen die Aufklärung allein oft nicht ausreicht.

Doch Verbote sind nur ein Teil der Lösung. Es braucht eine konsequente Aufarbeitung, politische Bildung und den direkten Dialog – auch wenn der unbequem sein kann. Denn eines steht fest: Demokratie muss sich wehrhaft zeigen, gerade wenn sie von innen angegriffen wird.

Von C. Hatty